

## Protokoll

zur Sitzung des Rates der Stadt Barsinghausen  
Sitzungs-Nr: XVII/13 Rat  
Sitzungstermin: am Donnerstag, dem 13.06.2013, 19:04 Uhr bis 21:55 Uhr  
Sitzungsort: Aula im Schulzentrum Am Spalterhals, Am Spalterhals

### Anwesend sind:

#### Ratsmitglied

1. Bürgermeister Lahmann, Marc

#### Mitglieder CDU-Fraktion

2. Ratsfrau Becker, Ingeborg  
3. Ratsfrau Bischoff, Lilli  
4. Ratsherr Bohrßen, Bernd-Konrad  
5. Ratsherr Fabisch, Horst  
6. Ratsherr Hoffmeister, Christian  
7. Ratsherr Kuban, Tilman nicht bei TOP 23 bis 26  
8. Ratsherr Matthiesen, Max Dr. MdL  
9. 3. Stellv. Bürgermeister Neddermeier, Karl-Heinz  
10. Ratsherr Schroth, Gerald  
11. Ratsfrau Senft, Monika  
12. Ratsherr Steuernagel, Marc-Oliver  
13. Ratsherr Zieseniß, Roland Dr.

#### Mitglieder SPD-Fraktion

14. Ratsherr Bienert, Sigurd  
15. Ratsherr Dobelmann, Reinhard  
16. 2. stellv. Bürgermeisterin Dürbaum-Betsch, Angelika  
17. Ratsfrau Gertich, Lea Sophie  
18. Ratsherr Gottschalk, Günter  
19. Ratsherr Gronenberg, Bernd  
20. Ratsherr Härdrich, Dirk Dr.  
21. Ratsfrau Hunte-Grüne, Marlene  
22. Ratsherr Messing, Peter  
23. Ratsherr Schaper, Hartmut  
24. Ratsherr Wittich, Michael  
25. Ratsherr Wittschurky, Thomas

#### Mitglieder Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN

26. 1. stellv. Bürgermeister Hartig, Andreas  
27. Ratsherr Lux, Thomas  
28. Ratsherr Marks, Frank  
29. Ratsherr Müller, Peter  
30. Ratsherr Riemer, Hagen  
31. stellv. Ratsvorsitzender Röver, Christian  
32. Ratsherr Totlis, Andreas  
33. Ratsfrau Westphal, Ulrike

Mitglieder FDP-Fraktion

34. Ratsherr

Klockow, Bernhard  
bis einschl. TOP 22, 21.38 Uhr  
Wölki, Kerstin

35. Ratsfrau

Mitglieder UWG-Fraktion

36. Ratsherr

Neugebauer, Markus  
bis einschl. TOP 22, 21.38 Uhr  
Runge, Eva

37. Ratsfrau

Mitglieder Fraktion AfB

38. Ratsfrau

Beckmann, Kerstin Dr.

39. Ratsfrau

Klein, Bettina bis auf TOP 14

von der Verwaltung

40. Verwaltungsangestellte

Filipiak, Andrea

41. Verwaltungsvorstand Bau

Fischer, Tobias

42. Fachdienstleiterin

Heyerhorst, Heide

43. Verwaltungsvorstand Zentrale  
Dienste

Hoffmann, Reinhard

**Tagesordnung:**

Öffentliche Sitzung:

1. Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung der öffentlichen und der nichtöffentlichen Sitzung
2. Fragestunde der Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Barsinghausen
3. Genehmigung des Protokolls über die 12. Sitzung/XVII. WP des Rates am 18.04.2013
4. Aktuelle Stunde
5. Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses und wichtige Angelegenheiten
6. Umbesetzungen in Ausschüssen des Rates und anderen Gremien
- 6.1. Wahl eines dritten stellvertretenden Bürgermeisters/Wahl einer dritten stellvertretenden Bürgermeisterin
- 6.2. Wahl der/des Vorsitzenden des Verwaltungsrates der Stadtparkasse Barsinghausen und Nachbenennung von Ausschussmitgliedern XVII/0290
7. Leistungsentgelt für Laufbahnbeamtinnen und Laufbahnbeamte XVII/0319
8. Errichtung und Betreuung eines neuen Flüchtlingswohnheimes in der Kernstadt Barsinghausen XVII/0333
9. 2. Fortschreibung der Budgetierungs-Richtlinien für die Freiwillige Feuerwehr XVII/0304

10. Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2011  
XVII/0325
11. Verordnung über die Kastrations- und Kennzeichnungspflicht von Freigängerkatzen  
im Gebiet der Stadt Barsinghausen  
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 22.04.2013 -  
XVII/0322
12. 1. Änderungsvertrag zum Nutzungsvertrag über das Freibad Goltern vom  
08.04.2004  
XVII/0331
13. Übernahme des Sportheimes und der Sportanlagen in Langreder  
XVII/0349
14. Vereinbarung zwischen der Region Hannover und der Stadt Barsinghausen über  
die Wahrnehmung der Aufgaben gemäß §§ 22, 23, 24, 43 und 90 SGB VIII (Kinder-  
tagespflege) auf Grundlage von § 13 Nds. AG KJHG  
XVII/0334
15. Trägerschaft der neuen Krippe in der Erfurter Straße  
XVII/0335
16. Verlängerung Betreibervertrag des Flüchtlingswohnheim in Goltern ab dem  
01.07.13  
XVII/0326
17. Satzung zur Änderung der Satzung über die Benutzung des Flüchtlingswohnhei-  
mes, Ohweg 23, in Barsinghausen zur Unterbringung von ausländischen Flüchtlin-  
gen und über die Erhebung von Benutzungsgebühren vom 04.10.2012  
XVII/0332
18. Satzung zur 1. Änderung der Betriebssatzung der Stadt Barsinghausen für den  
Stadtentwässerungsbetrieb Barsinghausen  
XVII/0344
19. Widmung einer Straße in Landringhausen  
XVII/0336
20. Annahme von freiwilligen Zuwendungen
21. Mitteilungen der Verwaltung
22. Anträge, Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

Nichtöffentliche Sitzung:

## Öffentliche Sitzung:

---

### **1. Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung der öffentlichen und der nichtöffentlichen Sitzung**

Herr Ratsvorsitzender Gronenberg gratuliert dem stellvertretenden Bürgermeister Hartig zu seinem heutigen Geburtstag. Anschließend eröffnet Herr Gronenberg die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

Herr Gronenberg bittet, folgenden Punkt von der Tagesordnung abzusetzen:

- TOP 9, Vorlage 337  
Vergabe Wegenutzungsrechte Strom

Hierzu besteht noch besteht Beratungsbedarf.

Herr Gronenberg weist darauf hin, dass ein Antrag der CDU-Fraktion vorliegt, die Tagesordnung um die Punkte

- Änderung der Beschlüsse des Rates hinsichtlich der Stellvertretung des Bürgermeisters
- Wahl eines weiteren stellvertretenden Bürgermeisters / einer weiteren stellvertretenden Bürgermeisterin

zu erweitern. Für die Aufnahme der Punkte ist eine 2/3-Mehrheit erforderlich.

Herr Gronenberg schlägt vor, den Antrag unter TOP 7.1 zu behandeln und den ursprünglichen TOP 7.1 als TOP 7.2 zu behandeln.

Herr Klockow beantragt, den TOP 19, Errichtung und Betreibung eines neuen Flüchtlingswohnheimes in der Kernstadt Barsinghausen, Vorlage 333, als TOP 9 zu behandeln, da viele der anwesenden Zuschauerinnen und Zuschauer wegen dieses Punktes gekommen sind.

Herr Gronenberg lässt über die Tagesordnung mit den vorgetragenen Änderungen und des Antrages von Herrn Klockow abstimmen. Anschließend stellt er die Tagesordnung für den öffentlichen und den nichtöffentlichen Teil fest.

Abschließend weist Herr Gronenberg auf folgende Tischvorlagen hin:

- Auflistung der geänderten Beschlussempfehlungen
- Auflistung der eingegangenen Spenden (TOP 22)
- Änderungsantrag der Gruppe SPD und Grüne zur Verlängerung des Betreibervertrages des Flüchtlingswohnheimes in Goltern (Vorlage 326, TOP 17)
- Änderungsantrag der Fraktion Aktiv für Barsinghausen zur Verordnung über die Kastations- und Kennzeichnungspflicht von Freigängerkatzen (Vorlage 322, TOP 12)
- Neufassung der Vorlage 333 (Errichtung und Betreibung eines neuen Flüchtlingswohnheimes in der Kernstadt, TOP 19)
- Nutzungsvertrag über das Freibad Goltern des Jahres 2004 (Vorlage 331)

Herr Gronenberg dankt den Barsinghäuser Bürgerinnen und Bürgern, die derzeit zur Unterstützung der Maßnahmen anlässlich der aktuellen Flutkatastrophe tätig sind.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 37                  Nein-Stimmen: 0                  Stimmenthaltungen: 2  
Beratungsergebnis: zugestimmt

Die vorstehende, gegenüber der Einladung vom 23.05.2013 geänderte Tagesordnung sowie die Behandlung der Tagesordnungspunkte in öffentlicher und nichtöffentlicher Sitzung werden genehmigt.

---

## **2. Fragestunde der Einwohnerinnen und Einwohner der Stadt Barsinghausen**

Es liegen keine Wortmeldungen der Einwohnerinnen und Einwohner vor.

---

## **3. Genehmigung des Protokolls über die 12. Sitzung/XVII. WP des Rates am 18.04.2013**

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 39                  Nein-Stimmen: 0                  Stimmenthaltungen: 0  
Beratungsergebnis: zugestimmt

Das Protokoll über die 12. Sitzung/XVII. WP des Rates am 18.04.2013 wird ohne Änderungen genehmigt.

---

## **4. Aktuelle Stunde**

Hierzu liegt nichts vor.

---

## **5. Bericht über wichtige Beschlüsse des Verwaltungsausschusses und wichtige Angelegenheiten**

Herr Lahmann gibt folgenden Bericht:

Der Verwaltungsausschuss hat seit der letzten Ratssitzung am vergangenen Dienstag getagt. Neben der Vorbereitung der heutigen Beschlüsse wurden folgende wichtige Beschlüsse gefasst:

- Die IG Stadtfest e.V. wurde beauftragt, das Stadtfest auch in den Jahren 2013 – 2016 durchzuführen und die Verwaltung wurde ermächtigt, einen entsprechenden Vertrag mit der IG Stadtfest abzuschließen.
- Der Verwaltungsausschuss hat der Ausschreibung einer Stelle eines Sozialarbeiters/ einer Sozialarbeiterin für die Betreuung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern zunächst befristet für zwei Jahre zum nächstmöglichen Zeitpunkt zugestimmt.

- Die Verwaltung wurde ermächtigt, den Neuausbau der Straßen Knappenweg und Stettiner Straße auszuschreiben und dem wirtschaftlich günstigsten Bieter im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel den Auftrag zu erteilen. Mit der Baumaßnahme soll noch in diesem Jahr begonnen werden. Der Ausbauauftrag wird unabhängig von einer künftigen Finanzierung über Beiträge o.ä. erteilt.

Es werden keine Vorausleistungen auf Straßenausbaubeiträge erhoben.

- Der Verwaltungsausschuss hat beschlossen, den Auftrag für die Weiterführung der Sanierungsarbeiten an der Heizungsanlage der Heizzentrale zum Angebotspreis in Höhe von 122.329,99 EUR zu erteilen.
- Das nachstehende Abstimmungsverhalten der Vertreter der Stadt Barsinghausen in der Gesellschafterversammlung der Alte Zeche Gemeinnützige Betriebs GmbH wurde durch den Verwaltungsausschuss genehmigt:
  1. Die Bilanz zum 31.12.2012 mit Gewinn- und Verlustrechnung für die Zeit vom 01.01.2012 bis 31.12.2012 mit einer Bilanzsumme von EUR 207.446,05 und einem Jahresüberschuss in Höhe von EUR 8.886,42 wird festgestellt.
  2. Der Jahresüberschuss in Höhe von 8.886,42 EUR wird in voller Höhe der Freien Rücklage gem. § 58 Nr. 7 a Abgabenordnung zugeführt.
  3. Vom Jahresüberschuss zum 31.12.2011 wird eine Freie Rücklage gem. § 58 Nr. 7 a Abgabenordnung in Höhe von EUR 10.577,50 gebildet.
  4. Dem Geschäftsführer und dem Aufsichtsrat wird für das Geschäftsjahr 2012 Entlastung erteilt.
  5. Die TREURAT Steuerberatungsgesellschaft mbH Barsinghausen wird beauftragt, für das Geschäftsjahr 2013 die Buchführung und den Jahresabschluss zu erstellen.

---

## **6. Umbesetzungen in Ausschüssen des Rates und anderen Gremien**

Herr Dr. Zieseniß stellt den Antrag, den Ratsherrn Dr. Matthiesen aus dem Verwaltungsausschuss abuberufen und an seiner Stelle seinen bisherigen Stellvertreter, Ratsherrn Neddermeier, zu berufen. Neuer Stellvertreter soll Herr Dr. Matthiesen werden.

Herr Gronenberg lässt über diesen Antrag abstimmen.

Herr Gronenberg teilt mit, dass Herr Wehrmann nicht mehr mit Hauptwohnsitz in Barsinghausen gemeldet ist. Dieses ist jedoch Voraussetzung für die Mitgliedschaft im Verwaltungsrat der Stadtparkasse Barsinghausen. Daher ist Herr Wehrmann abuberufen. Das Entsendungsrecht liegt bei der Gruppe SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN. Herr Gronenberg weist darauf hin, dass die Person nicht Mitglied des Rates sein darf und wirtschaftliche Erfahrung und Sachkunde besitzen muss. Er bittet um Benennung einer Person.

Herr Messing benennt Frau Heere-Streibel.

Herr Gronenberg lässt hierüber abstimmen.

Herr Gronenberg teilt mit, dass Ratsherr Neddermeier mit Wirkung vom 11.06.2013 auf seinen Sitz im Verwaltungsrat der Stadtparkasse Barsinghausen verzichtet hat. Das Entsendungsrecht liegt bei der CDU/FDP/UWG-Gruppe.

Herr Dr. Zieseniß teilt mit, dass die CDU/FDP/UWG-Gruppe das Recht zur Benennung an die Gruppe SPD und Bündnis 90/DIE GRÜNEN abtritt.

Herr Messing benennt Ratsherrn Dobelmann.

Herr Gronenberg lässt hierüber abstimmen.

Beschlussdarstellung:

zu 1.

Ja-Stimmen: 39                  Nein-Stimmen: 0                  Stimmenthaltungen: 0

Beratungsergebnis: zugestimmt

zu 2.

Ja-Stimmen: 39                  Nein-Stimmen: 0                  Stimmenthaltungen: 0

Beratungsergebnis: zugestimmt

zu 3.

Ja-Stimmen: 37                  Nein-Stimmen: 0                  Stimmenthaltungen: 2

Beratungsergebnis: zugestimmt

1. Ratsherr Dr. Matthiesen wird aus dem Verwaltungsausschuss abberufen. Für ihn wird Ratsherr Neddermeier einberufen. Herr Dr. Max Matthiesen wird zum Stellvertreter für Herrn Neddermeier benannt.
2. Herr Wehrmann wird aus dem Verwaltungsrat der Stadtparkasse Barsinghausen abberufen. Für ihn wird Frau Heere-Streibel berufen.
3. Herr Neddermeier wird aus dem Verwaltungsrat der Stadtparkasse Barsinghausen abberufen. Für ihn wird Ratsherr Dobelmann einberufen.

#### **6.1. Wahl eines dritten stellvertretenden Bürgermeisters/Wahl einer dritten stellvertretenden Bürgermeisterin**

Herr Gronenberg teilt mit, dass ein Antrag der CDU-Fraktion zur Stellvertretungsregelung des Bürgermeisters und zur Wahl eines weiteren stellvertretenden Bürgermeisters/einer weiteren stellvertretenden Bürgermeisterin vorliegt.

Es wurde beantragt, dass der Bürgermeisters drei ehrenamtliche Vertreterinnen und Vertreter hat, für die es eine Reihenfolge geben soll.

Herr Messing beantragt für die SPD-Fraktion folgende Reihenfolge festzulegen:

- als 1. stv. Bürgermeister Herrn Andreas Hartig
- als 2. stv. Bürgermeisterin Frau Angelika Dürbaum-Betsch
- als 3. stv. Bürgermeister/Bürgermeisterin eine noch zu wählende Person

Herr Gronenberg lässt über die gestellten Anträge abstimmen.

Anschließend bittet Herr Gronenberg um die Benennung von Personen zur Wahl zur dritten stellvertretenden Bürgermeisterin bzw. zum dritten stellvertretenden Bürgermeisters.

Herr Dr. Zieseniß schlägt für die CDU-Fraktion Herrn Neddermeier vor.

Weitere Vorschläge werden nicht unterbreitet.

Herr Gottschalk stellt den Antrag, die Wahl geheim durchzuführen.

Herr Gronenberg zeigt die Regularien der geheimen Wahl auf und bittet Frau Becker und Herrn Dr. Härdrich, die Stimmzählung vorzunehmen. Anschließend wird die geheime Wahl durchgeführt.

Herr Dr. Härdrich gibt anschließend bekannt, dass Herr Neddermeier zum dritten stellvertretenden Bürgermeister gewählt wurde. Das Protokoll über die geheime Wahl ist diesem Protokoll als **Anlage 1** beigefügt.

Herr Neddermeier erklärt, dass er die Wahl annimmt.

Beschlussdarstellung:

zu 1.

Ja-Stimmen: 39

Nein-Stimmen: 0

Stimmenthaltungen: 0

Beratungsergebnis: zugestimmt

zu 2.

Ja-Stimmen: 39

Nein-Stimmen: 0

Stimmenthaltungen: 0

Beratungsergebnis: zugestimmt

1. Der Beschluss des Rates vom 28.02.2013 hinsichtlich der Stellvertretungsregelung des Bürgermeisters wird aufgehoben.

Der Bürgermeister hat drei ehrenamtliche Vertreterinnen oder Vertreter, für die es eine Reihenfolge gibt.

2. Der bisherige stellvertretende Bürgermeister Herr Hartig wird zum ersten stellvertretenden Bürgermeister bestimmt.

Die bisherige stellvertretende Bürgermeisterin Frau Dürbaum-Betsch wird zur zweiten Stellvertretenden Bürgermeisterin bestimmt.

3. Wahl

1. Wahlgang:

Der Rat wählt mit 32 Stimmen Herrn Neddermeier zum dritten stellvertretenden Bürgermeister.



**6.2. Wahl der/des Vorsitzenden des Verwaltungsrates der Stadtparkasse Barsinghausen und Nachbenennung von Ausschussmitgliedern**  
**Vorlage: XVII/0290**

Herr Dr. Matthiesen schlägt für die CDU/FDP/UWG-Gruppe Herrn Dr. Zieseniß für die Wahl zum Vorsitzenden des Verwaltungsrates der Stadtparkasse vor.

Die Wahl wird durch Handzeichen durchgeführt. Herr Gronenberg stellt fest, dass Herr Dr. Zieseniß mit 38 Stimmen gewählt ist.

Herr Dr. Zieseniß erklärt, dass er die Wahl annimmt.

Anschließend bittet Herr Gronenberg um Benennung der Personen für die Fachausschüsse.

Herr Dr. Zieseniß und Herr Messing nehmen die Benennungen vor.

Beschlussdarstellung:

1. Wahl

1. Wahlgang:

Der Rat wählt mit 38 Stimmen Herrn Dr. Zieseniß zum Vorsitzenden des Verwaltungsrates der Stadtparkasse Barsinghausen

2.

Ja-Stimmen: 39

Nein-Stimmen: 0

Stimmenthaltungen: 0

Beratungsergebnis: zugestimmt

**1. Vorsitz des Verwaltungsrates der Stadtparkasse Barsinghausen:**

Ratsherr Dr. Roland Zieseniß wird zum Vorsitzenden des Verwaltungsrates der Stadtparkasse Barsinghausen gewählt.

**2. Fachausschüsse des Rates:**

**Ausschuss für Verwaltungssteuerung, Gleichstellung und Rechnungsprüfung**

Stimmberechtigtes Mitglied

<b>Benannt durch</b>	<b>Mitglied</b>
Gruppe SPD-Fraktion/Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	Gottschalk, Günter

Stellvertretendes stimmberechtigtes Mitglied

<b>Benannt durch</b>	<b>Stellv. Mitglied</b>
Gruppe SPD-Fraktion/Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	Hunte-Grüne, Marlene

#### Beratende nichtstimmberechtigte Mitglieder

<b>Benannt durch</b>	<b>Beratendes Mitglied</b>
Gruppe SPD-Fraktion/Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	Stawarz, Detlef
Gruppe SPD-Fraktion/Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	Dogan, Abdülselem
Gruppe CDU-Fraktion/FDP-Fraktion/ UWG-Fraktion	wird nachbenannt

#### **Ausschuss für Soziales, Jugend, Feuerwehr und Kultur**

##### Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

<b>Benannt durch</b>	<b>Stellv. Mitglied</b>
Gruppe SPD-Fraktion/Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	Gottschalk, Günter
Gruppe SPD-Fraktion/Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	Dr. Härdrich, Dirk

##### Beratende nichtstimmberechtigte Mitglieder

<b>Benannt durch</b>	<b>Beratendes Mitglied</b>
Gruppe SPD-Fraktion/Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	Helle, Pascal
Gruppe SPD-Fraktion/Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	Dürkop, Christiane

#### **Schulausschuss**

##### Stimmberechtigtes Mitglied

<b>Benannt durch</b>	<b>Mitglied</b>
Gruppe SPD-Fraktion/Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	Hunte-Grüne, Marlene

##### Beratende nichtstimmberechtigte Mitglieder

<b>Benannt durch</b>	<b>Beratendes Mitglied</b>
Gruppe SPD-Fraktion/Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	Hüttenrauch, Christoph
Gruppe SPD-Fraktion/Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	Korbjun, Waltraut

## **Ausschuss für Planung, Bauen und Umwelt**

### Beratende nichtstimmberechtigte Mitglieder

<b>Benannt durch</b>	<b>Beratendes Mitglied</b>
Gruppe SPD-Fraktion/Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	Schneider, Maximilian
Gruppe SPD-Fraktion/Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	Freitag, Helmut

## **Ausschuss für Wirtschaft, Energie und städtische Gebäude**

### Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

<b>Benannt durch</b>	<b>Stellv. Mitglied</b>
Gruppe SPD-Fraktion/Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	Dürbaum-Betsch, Angelika
Gruppe SPD-Fraktion/Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	Messing, Peter

### Beratende nichtstimmberechtigte Mitglieder

<b>Benannt durch</b>	<b>Beratendes Mitglied</b>
Gruppe SPD-Fraktion/Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	Ennulat, Angelika
Gruppe SPD-Fraktion/Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	Nolte, Dirk
Gruppe CDU-Fraktion/FDP-Fraktion/ UWG-Fraktion	Nacke, Lutz

## **Betriebsausschuss Stadtentwässerungsbetrieb Barsinghausen**

### Stellvertretende stimmberechtigte Mitglieder

<b>Benannt durch</b>	<b>Stellv. Mitglied</b>
Gruppe SPD-Fraktion/Fraktion Bündnis 90/ DIE GRÜNEN	Schaper, Hartmut

## **Entsendung in Organe Dritter**

### Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Barsinghausen GmbH

Herr Bernd Gronenberg wird in die Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Barsinghausen GmbH entsandt (Benennung Gruppe SPD-Fraktion/Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN).

### Aufsichtsrat der Stadtwerke Barsinghausen GmbH

Herr Peter Messing wird in den Aufsichtsrat der Stadtwerke Barsinghausen GmbH entsandt (Benennung Gruppe SPD-Fraktion/Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN).

## Gesellschafterversammlung der Alte Zeche gemeinnützige BetriebsGmbH

Herr Günter Gottschalk wird in die Gesellschafterversammlung der Alte Zeche gemeinnützige BetriebsGmbH entsandt (Benennung Gruppe SPD-Fraktion/Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN).

### Beirat der Kindertagesstätte Regenbogen

Herr Sigurd Bienert wird in den Beirat der Kindertagesstätte Regenbogen entsandt (Benennung bisher durch SPD-Fraktion).

---

## **7. Leistungsentgelt für Laufbahnbeamtinnen und Laufbahnbeamte Vorlage: XVII/0319**

Frau Westphal führt in die Angelegenheit ein.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 39

Nein-Stimmen: 0

Stimmenthaltungen: 0

Beratungsergebnis: zugestimmt

Gemäß § 12 Abs. 2 Satz 3 Bundesbesoldungsgesetz (BBesG) wird aus Billigkeitsgründen von einer Rückforderung der an die Laufbahnbeamtinnen und Laufbahnbeamten gezahlten Leistungsprämien für die Jahre 2009 bis 2011 (ausgezahlt in 2010 bis 2012) abgesehen.

---

## **8. Errichtung und Betreuung eines neuen Flüchtlingswohnheimes in der Kernstadt Barsinghausen Vorlage: XVII/0333**

Herr Klockow gibt zunächst eine persönliche Erklärung ab. Er führt zur aktuellen Berichterstattung der Presse aus, dass er Mitglied der interfraktionellen Arbeitsgruppe war, die sich mit dem Thema der Errichtung eines neuen Flüchtlingswohnheims in der Kernstadt befasst hat. Diese Arbeitsgruppe wurde von Frau Heyerhorst geleitet. Als wichtige Kriterien wurden u. a. erarbeitet, dass das Flüchtlingswohnheim in der Kernstadt errichtet wird und dass der Baubeginn sofort erfolgen soll.

Herr Klockow weiter führt aus, dass über die möglichen Grundstücke diskutiert wurde. In die engere Wahl wurden aufgrund der Vorschläge der Verwaltung ein Grundstück in der Wilhelm-Hess-Straße und das Grundstück in der Egestorfer Straße zwischen Feuerwehr und dem Restaurant Nihao genommen. Zu dem Grundstück an der Egestorfer Straße wurde eine Stellungnahme der Feuerwehr angefordert, die durch die Verwaltung bewertet werden sollte. Dieses hat Herr Klockow der Presse auf entsprechende Anfrage mitgeteilt. Die Stellungnahme ist Herrn Klockow bis heute nicht bekannt. Dennoch wurde er in einem Presseartikel so zitiert, dass er die Feuerwehr der Lüge bezichtigt. Dieses empfindet Herr Klockow als sehr befremdlich.

Frau Gertich führt anschließend in die Inhalte der Angelegenheit ein. Sie betont dabei, dass es eine interfraktionelle Einigung darüber gibt, heute keine abschließende Entscheidung zu treffen, sondern eine weitere Einwohnerversammlung durchzuführen.

Anschließend stellt Herr Gronenberg die Öffentlichkeit für Fragen der Einwohnerinnen und Einwohner her.

Es wird dabei thematisiert, dass es sich bei dem Grundstück an der Hannoverschen Straße nicht um die Kernstadt handelt. Ein Flüchtlingswohnheim sollte Bezug zu den Einwohnerinnen und Einwohnern haben und nicht isoliert stehen.

Weiterhin wird gefragt, ob die Feuerwehr mit ihrer Argumentation, dass sie das Grundstück selbst benötigt, richtig liegt und ob dieses überprüft wurde.

Herr Lahmann beantwortet die Frage unter Hinweis auf die Unfallverhütungsvorschriften.

Herr Gronenberg führt aus, dass auch er traurig darüber ist, wie die Diskussionen bisher verlaufen sind. Er hätte sich mehr Anteilnahme an den Asylbewerberinnen und –bewerbern gewünscht. Sie haben es verdient, vernünftig untergebracht zu werden. Unter dieser Prämisse sollte die Diskussion fortgeführt werden.

Frau Dr. Beckmann führt aus, dass die Ratsmitglieder bereits im Februar über das Projekt informiert wurden. In der Folge hat es einige Diskussionen gegeben, wie die Debatte geführt werden sollte. Die Einrichtung der Arbeitsgruppe war richtig, jedoch hatte diese nicht hinreichend Zeit. Die Übereinkunft, dass Asylbewerberheim in der Kernstadt zu errichten, um beste Integrationschancen für die betroffenen Personen zu gewährleisten, war richtig. Ein weiteres Kriterium war, dass es sich um ein städtisches Grundstück handeln sollte, welches die erforderliche Größe hat und welches möglichst schnell bebaubar ist. Somit sind zwei Grundstücke in die engere Wahl gekommen.

Frau Dr. Beckmann merkt an, dass das Grundstück an der Wilhelm-Hess-Straße nicht gänzlich ungeeignet war, wie es in der Öffentlichkeit dargestellt wurde. Es war daher richtig, die Diskussion mit den Anwohnerinnen und Anwohnern zu führen, ob eine Lösung möglich ist. Das jetzt favorisierte Grundstück ist allenfalls nur ein Kompromiss. Darüber sollte diskutiert werden, wie es bei den anderen Grundstücken erfolgt ist. Daher sollte auch hierfür eine Bürgerversammlung durchgeführt werden. Daher ist es richtig, heute keine Entscheidung zu treffen. Es gibt allerdings Kriterien, die auch jetzt schon für dieses Grundstück sprechen. Die Anbindungen zu Einkaufsmöglichkeiten und zum Öffentlichen Personennahverkehr sind bereits vorhanden und die Organisation eines größeren Außengeländes ist möglich.

Frau Dr. Beckmann stellt den Antrag, die Zuständigkeit zur abschließenden Beschlussfassung auf den Verwaltungsausschuss zu delegieren, damit eine weitere Einwohnerversammlung durchgeführt werden kann.

Herr Klockow dankt Frau Heyerhorst und der interfraktionellen Arbeitsgruppe für die gute und konstruktive Zusammenarbeit. Es wäre wünschenswert gewesen, wenn der Bereich Bau von vorne herein mit einbezogen worden wäre. Er merkt an, dass die Erklärung, warum das Grundstück zwischen Feuerwehr und dem Restaurant Nihao überhaupt in die Diskussion eingebracht wurde, fehlt. Hinsichtlich des jetzt diskutierten Standortes schließt sich Herr Klockow den Ausführungen von Frau Dr. Beckmann an. Es gibt durchaus Punkte, die für diesen Standort sprechen.

Herr Lahmann führt aus, dass sein Vorgänger Überlegungen angestellt hat, das Grundstück an der Egestorfer Straße zu verkaufen. Dieses war auch den Ratsmitgliedern bekannt. Daher sollte es der Arbeitsgruppe nicht vorenthalten werden. Die Verwaltung hat das Stadt-

kommando und den Ortsbrandmeister um entsprechende Stellungnahmen gebeten. Diese haben ergeben, dass eine Nutzung des Grundstückes nicht in Betracht kommt.

Herr Gronenberg lässt über den Antrag von Frau Dr. Beckmann abstimmen.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 38                  Nein-Stimmen: 0                  Stimmenthaltungen: 1  
Beratungsergebnis: zugestimmt

Der Rat delegiert die Zuständigkeit zur abschließenden Beschlussfassung zur Errichtung und Betreibung eines neuen Flüchtlingswohnheims auf den Verwaltungsausschuss.

---

**9.                  2. Fortschreibung der Budgetierungs-Richtlinien für die Freiwillige Feuerwehr  
Vorlage: XVII/0304**

Herr Dr. Matthiesen führt in die Inhalte der Angelegenheit ein.

Frau Dr. Beckmann merkt an, dass sich der Fachausschuss darauf geeinigt hat, dass zu den Haushaltsberatungen Deckungsvorschläge unterbreitet werden. Sie bittet darum, dass die Vorschläge rechtzeitig vorgelegt werden.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 39                  Nein-Stimmen: 0                  Stimmenthaltungen: 0  
Beratungsergebnis: zugestimmt

1. Die 2. Fortschreibung der „Richtlinien für die Budgetierung für Mittel für die Feuerwehr“ wird beschlossen (Anlage 1 zur Vorlage).
2. Über die finanzielle Ausstattung des Budgets wird im Rahmen der Haushaltsplanberatungen für das Jahr 2014 entschieden.

---

**10.                  Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2011  
Vorlage: XVII/0325**

Frau Westphal führt in die Inhalte der Beschlussvorlage ein.

Herr Klockow fragt, ob es möglich ist, denn Beteiligungsbericht früher vorzulegen.

Herr Lahmann führt aus, dass er dieses mit dem Finanzbereich klären wird.

Frau Dr. Beckmann führt aus, dass der Beteiligungsbericht die Entsendung der Ratsmitglieder in Gremien auflistet. Es ist auffällig, dass die entsendungsberechtigten Fraktionen 0,0 Prozent weibliche Ratsmitglieder entsandt haben. Auch bei den heutigen Nachbenennungen

war die Quote 100 Prozent männlich. Im Mai 2011 hat dem Rat ein Antrag vorgelegen, in der Geschäftsordnung des Rates eine Frauenquote von mindestens 30 Prozent vorzusehen. Frau Dr. Beckmann findet es bedauerlich, dass die bisherige Vorgehensweise heute so verfestigt wurde.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 39                      Nein-Stimmen: 0                      Stimmenthaltungen: 0  
Beratungsergebnis: zugestimmt

Der Rat nimmt den Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2011 zur Kenntnis.

**11.        Verordnung über die Kastrations- und Kennzeichnungspflicht von Freigängerkatzen im Gebiet der Stadt Barsinghausen  
- Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 22.04.2013 -  
Vorlage: XVII/0322**

Herr Lux führt in die Angelegenheit ein.

Frau Dr. Beckmann merkt an, dass bei einer Überpopulation nicht ausschließlich von den freilebenden Katzen gesprochen werden kann. Diese beinhaltet auch die Hauskatzen, die bereits gechipt oder tätowiert sind. Bei jedem Fall von Kastration wird in die körperliche Unversehrtheit des jeweiligen Tieres eingegriffen. Es stellt sich die Frage, ob dieses tatsächlich angemessen ist. Der Deutsche Tierschutzbund ist der Auffassung, dass Katzen keine Vogelkiller sind, wie von Herrn Lux dargestellt.

Frau Dr. Beckmann sagt weiter, dass häufig Bezug auf eine Studie aus den USA genommen wird. Diese ist jedoch auf Deutschland und auf andere Landschaftsformen nicht übertragbar. Auch die Region Hannover hat für die Gesamtheit der Region festgestellt, dass dieses Argument nicht gilt.

Frau Dr. Beckmann bezweifelt daher, dass es für das Stadtgebiet Barsinghausens gilt. Alle Ordnungsmaßnahmen, die zu ergreifen wären, könnten nicht durch den Tierschutzverein umgesetzt werden, sondern dieses wäre Aufgabe der Verwaltung, welches zu Mehrbelastungen führen würde. Frau Dr. Beckmann hält die Verordnung für überzogen und verzichtbar. Sie stellt daher für die Fraktionen AfB, UWG und FDP folgenden Änderungsantrag:

Der Rat der Stadt Barsinghausen möge beschließen:

Katzenhalter haben dafür Sorge zu tragen, dass ihre Katzen nicht verwildern. Streunende Katzen, die unkastriert und ungechipt/ untätowiert aufgegriffen werden, können von den Betreibern des Tierheims Barsinghausen nach einer Verweildauer von zwei Wochen kastriert und gekennzeichnet werden. Sollte der Tierhalter ermittelt werden, hat er die Kosten dafür zu tragen.

Die Verwaltung wird gebeten, soweit ordnungsrechtlich erforderlich, Vorschläge zur Umsetzung dieser Grundsätze zu machen und dem Rat zur Beschlussfassung vorzulegen.

Frau Klein macht darauf aufmerksam, dass über Verordnungen für Kastrations- und Kennzeichnungspflichten bereits seit Jahren diskutiert wird. Die Stadt Paderborn war vor fünf Jahren die erste Kommune. Bisher haben sich lediglich 16% der Kommunen entschlossen, eine solche Verpflichtung einzugehen. Weder die Region Hannover noch die Stadt Hannover sehen einen entsprechenden Handlungsbedarf. Frau Klein hält es für richtig, auf die Kastration von Katzen hinzuweisen. Sie hält jedoch die gewählte Form mit dem drastisch hohen Bußgeld für überzogen. Sie geht davon aus, dass eine Verordnung eher das Gegenteil bewirken könnte, da Eigentümer, die die Kastration nicht zahlen können, ihre Katzen aussetzen könnten. Auch verlorene Katzen würden nicht mehr gesucht, weil die Eigentümer Angst vor Sanktionen hätten. Frau Klein hält eine entsprechende Verordnung für nicht umsetzbar, nicht überprüfbar und nicht geeignet, das Katzenelend zu beseitigen.

Herr Lux bittet um Herstellung der Öffentlichkeit, damit Herr Wildhagen, Vorsitzender des Tierschutzvereines Barsinghausen, Stellung zu der Angelegenheit nehmen kann.

Herr Messing führt aus, dass der Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN die tägliche Praxis im Tierheim abbildet. Die SPD-Fraktion wird ihm daher zustimmen.

Herr Klockow sagt, dass Kleintiere und auch insbesondere Katzen eine besondere Bedeutung für Menschen haben. Es ist ihm nicht bekannt, dass derzeit besondere Gefahren von freilebenden Katzen für Kinder oder überhaupt für Menschen ausgehen. Die vorgelegte Verordnung ist zudem schwer umsetzbar. Diesen Schnellschuss wird seine Fraktion nicht mit tragen.

Herr Gronenberg stellt die Öffentlichkeit her.

Herr Wildhagen führt aus, dass die hier aufgeführten Argumente theoretischer Natur sind. Der Rat möge sich auf die Praktiker verlassen. Fakt ist, dass der Deutsche Tierschutzbund und auch die Deutsche Tierärztekammer dringend empfehlen, solche Verordnungen einzuführen. Der Tierschutzverein geht davon aus, dass eine Verordnung nur Vorteile bringt. Beispielsweise die, dass die Population verringert werden kann. Herr Wildhagen merkt an, dass auch eine entsprechende Hundeverordnung nicht zu massenweisen Aussetzungen geführt hat.

Herr Schroth sagt, dass er alle vorgebrachten Argumente nachvollziehen kann. Er führt aus, dass er in einem kleinen Ortsteil wohnt, in dem es viele Katzen gibt. Vor allem viele ältere Menschen halten Katzen, die durch die aktuelle Berichterstattung verunsichert werden. Herr Schroth merkt an, dass er hinsichtlich der Haushaltskonsolidierung die Befürchtung hat, dass die Umsetzung einer solchen Verordnung hohe Verwaltungskosten nach sich ziehen wird. Man sollte vielmehr, das Geld, was man ggf. für Rechtstreitigkeiten aufwenden müsste, dem Tierschutzverein für seine Arbeit zur Verfügung stellen.

Herr Gronenberg stellt die Beschlussempfehlung der Beschlussvorlage als die weitergehende zur Abstimmung.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 20

Nein-Stimmen: 18

Stimmenthaltungen: 1

Beratungsergebnis: zugestimmt

Der Rat der Stadt Barsinghausen erlässt eine Verordnung über die Kastrations- und Kennzeichnungspflicht von Freigängerkatzen nach dem anliegenden Muster (Anlage zur Vorlage).



---

**12. 1. Änderungsvertrag zum Nutzungsvertrag über das Freibad Goltern vom 08.04.2004**  
**Vorlage: XVII/0331**

Frau Gertich führt in die Angelegenheit ein.

Herr Dr. Zieseniß dankt den ehrenamtlichen Betreibern und Helfern des Freibades Goltern für die geleistete Arbeit

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 39                  Nein-Stimmen: 0                  Stimmenthaltungen: 0  
Beratungsergebnis: zugestimmt

1. Der Änderungsvertrag zum Nutzungsvertrag über das Freibad Goltern vom 08.04.2004 wird wie in der Anlage zu dieser Vorlage dargestellt, angepasst.
2. Der Verein Freibad Goltern erhält von der Stadt Barsinghausen einen jährlichen Zuschuss i. H. v. 44.400,00 € zur allgemeinen Förderung seines satzungsgemäßen Vereinszwecks.  
Die Zuschusszahlung wird in dieser Höhe bis einschließlich zum Jahr 2018 gewährt.

---

**13. Übernahme des Sportheimes und der Sportanlagen in Langreder**  
**Vorlage: XVII/0349**

Herr Dr. Matthiesen führt in die Inhalte der Beschlussvorlage ein.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 39                  Nein-Stimmen: 0                  Stimmenthaltungen: 0  
Beratungsergebnis: zugestimmt

1. Die Verwaltung wird ermächtigt, die dieser Sitzungsvorlage als Anlage beigefügten Verträge (ggf. mit geringfügigen redaktionellen Änderungen) mit dem 1. FC Germania Egestorf/Langreder e.V. und dem Turn- und Sportverein von 1910 Langreder e.V. abzuschließen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, dem 1. FC Germania Egestorf/Langreder e.V. und/oder dem Turn- und Sportverein von 1910 Langreder e.V. zur Sanierung des Sportheimes Langreder, Halbe Straße 3, einen verlorenen Zuschuss zur Sanierung des Sportheimes in Höhe von insgesamt 80.700,- € zu bewilligen.
3. Der Verwaltungsausschuss hebt den Sperrvermerk über 80.700,- € zum Produkt P1.573002 auf.

---

**14. Vereinbarung zwischen der Region Hannover und der Stadt Barsinghausen über die Wahrnehmung der Aufgaben gemäß §§ 22, 23, 24, 43 und 90 SGB VIII (Kindertagespflege) auf Grundlage von § 13 Nds. AG KJHG  
Vorlage: XVII/0334**

Herr Dr. Matthiesen führt in den Tagesordnungspunkt ein.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 38            Nein-Stimmen: 0            Stimmenthaltungen: 0  
Beratungsergebnis: zugestimmt

1. Die Verwaltung wird ermächtigt, die der Vorlage als Anlage 1 beigefügte Vereinbarung mit der Region Hannover abzuschließen.
2. Die Stadt Barsinghausen folgt den Empfehlungen der Region bezüglich der Anhebung des Stundensatzes nicht.

---

**15. Trägerschaft der neuen Krippe in der Erfurter Straße  
Vorlage: XVII/0335**

Herr Dr. Matthiesen führt in die Angelegenheit ein.

Herr Dr. Zieseniß beantragt, die Ziffer 2 der Beschlussempfehlung zu beschließen und eine freie Trägerschaft auszuschreiben. Das Sozialgesetzbuch fordert eine Trägervielfalt und bereits bei einigen Kindergärten sind gute Erfahrungen mit freien Trägern gemacht worden. Daher sollte ein entsprechendes Interessenbekundungsverfahren durchgeführt werden, um zu sehen, welcher Träger welche Konditionen anbietet.

Herr Messing führt aus, dass seine Fraktion die Sachlage anders sieht. Die neue Krippe könnte bei einer freien Trägerschaft viel teurer werden. Weiterhin haben der Personalrat und auch die Gleichstellungsbeauftragte in ihren Stellungnahmen zu der Beschlussvorlage darauf hingewiesen, dass entsprechende Entwicklungsmöglichkeiten und Arbeitsplätze der städtischen Angestellten vorgehalten werden sollten. Dieser Argumentation schließt sich seine Fraktion an und wird daher für eine städtische Trägerschaft stimmen.

Herr Wittich weist darauf hin, dass es im Ortskern bereits zwei Krippen gibt, die sich in freier Trägerschaft, nämlich in der der Kirche und des Arbeiter-Samariter-Bundes, befinden. Eine Trägervielfalt wäre somit bei einer Einrichtung einer städtischen Krippe gegeben.

Herr Gronenberg lässt über den Antrag von Herrn Dr. Zieseniß, Ziffer 2 der Beschlussempfehlung zu beschließen, abstimmen:

**Beratungsergebnis:** abgelehnt  
mit 16 Ja-Stimmen, 22 Nein-Stimmen und 1 Stimmenthaltung

**Beschlussdarstellung:**

Es wird ein Interessensbekundungsverfahren durchgeführt, um einen geeigneten Träger auszusuchen.

Anschließend lässt Herr Gronenberg über Ziffer 1 der Beschlussempfehlung abstimmen.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 23                  Nein-Stimmen: 3                  Stimmenthaltungen: 13  
Beratungsergebnis: zugestimmt

Die neu zu errichtende zweigruppige Krippe verbleibt in Trägerschaft der Stadt Barsinghausen.

---

**16. Verlängerung Betreibervertrag des Flüchtlingswohnheim in Goltern ab dem 01.07.13  
Vorlage: XVII/0326**

Frau Gertich führt in die Inhalte dieses und des nächsten Tagesordnungspunktes ein.

Frau Heyerhorst teilt mit, dass sie heute zusammen mit dem Landesbeauftragten der Betreiberfirma, dem Hausmeister und einem Mitarbeiter der Gebäudewirtschaft das Asylbewerberheim in Goltern besucht hat. Sie haben sich jeden Flur, jeden Sanitärbereich und jede Küche angeschaut. Teilweise war auch eine Besichtigung der Zimmer möglich, da viele Bewohner sehr kooperativ waren.

Frau Heyerhorst führt aus, dass bereits ca. 50% der Flure renoviert worden sind. Teilweise wurden Wände und Decken erneuert und kaputte Möbel wurden ausgetauscht. Zu den beiden vorliegenden möglichen Tagessätzen teilt Frau Heyerhorst mit, dass sie vereinbaren konnte, dass die begonnenen Renovierungsarbeiten auch bei Abschluss des niedrigeren Tagessatzes zu Ende gebracht und bis 31.12.2013 erledigt werden. Die Rufbereitschaft verteuert den Tagessatz bei einer einjährigen Laufzeit jedoch. Bei einer dreijährigen Verlängerung würde der Tagessatz gleich bleiben.

Herr Gronenberg stellt die Öffentlichkeit für Fragen her.

Herr Dr. Wortmann begrüßt, dass die jungen Menschen, die erwartet werden, zunächst in einem Asylbewerberheim untergebracht und mindestens ein halbes Jahr täglich betreut werden sollen, damit eine spätere Integration und Unterbringung in Wohnungen erfolgreich erfolgen kann. Er plädiert dafür, den Betreibervertrag drei Jahre zu verlängern. Das neue Heim wird erst noch gebaut und das vorhandene Heim ist bereits jetzt überbelegt. Für die Übergangszeit ist daher eine Verlängerung von drei Jahren sinnvoller.

Herr Kuban merkt an, sich seine Fraktion zunächst für die Verlängerung von einem Jahr ausgesprochen hat, da die Landesregierung eine dezentrale Unterbringung fordert. Die von der Verwaltung vorgebrachten Argumente, dass die Umsetzung auf Landesebene noch nicht sicher ist und auch, dass die Flüchtlingsströme derzeit nicht kalkulierbar sind, haben die CDU-Fraktion jedoch davon überzeugt, dass eine dreijährige Verlängerung sinnvoll ist. Die CDU-Fraktion wird daher eine dreijährige Verlängerung unterstützen.

Frau Klein führt aus, dass ein die AfB-Fraktion eine dreijährige Verlängerung unterstützen wird. Ihre Fraktion favorisiert grundsätzlich eine dezentrale Unterbringung. Um dieses vernünftig gestalten zu können, ist Zeit erforderlich. Alle Anregungen, die in der letzten Zeit vorgebracht wurden, sollten berücksichtigt werden. Die Landesregierung, die eine dezentrale Unterbringung fordert, muss zunächst die Rahmenbedingungen schaffen und vor allem die erforderlichen Mittel für die zusätzlichen Aufgaben zur Verfügung stellen.

Herr Dobelmann merkt an, dass er von einem erheblichen Unterhaltungsstau im Flüchtlingswohnheim weiß. Er möchte wissen, ob die Einhaltung des mit dem Betreiber geschlossenen Vertrages und dessen Leistungserbringung kontrolliert wird. Herr Dobelmann geht davon aus, dass, wenn etwas kaputt geht, dieses auch ersetzt wird. Ihm ist wichtig, dass, wenn die Renovierungsarbeiten abgeschlossen werden, der Standard über die gesamte Laufzeit erhalten bleibt.

Frau Heyerhorst führt aus, dass der Betreiber verpflichtet ist, alle defekten Gegenstände auszutauschen.

Herr Klockow teilt mit, dass sich auch die Arbeitsgruppe darüber einig war, dass eine dreijährige Laufzeit sinnvoll ist. Weiterhin wurde eine Stelle für eine Sozialarbeiterin bzw. einen Sozialarbeiter geschaffen, um eine Betreuung sicher zu stellen. Eine dezentrale Unterbringung ist derzeit mangels Wohnraum nicht möglich. Insofern ist eine dreijährige Verlängerung nicht nur sinnvoll, sondern auch notwendig. Er plädiert dafür, nur über die Laufzeit zu beschließen und nicht den Änderungsantrag der Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und SPD. Die inhaltliche Gestaltung sollte der Verwaltung überlassen bleiben.

Herr Totlis bittet die Verwaltung, künftig zu überprüfen, ob alle vertraglichen Vereinbarungen eingehalten werden, um zu verhindern, dass das Wohnheim wieder verkommt.

Frau Dr. Beckmann schließt sich den Ausführungen von Herrn Totlis und Herrn Klockow an. Es sollte dem Betreiber deutlich gemacht werden, dass die Verwaltung es nicht hinnimmt, dass bereits ein Jahr vor Ablauf des Vertrages keine Instandhaltungen mehr vorgenommen werden. Sie sagt weiter, dass es in dem Änderungsantrag von den Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und SPD Unstimmigkeiten hinsichtlich der Koppelung der Renovierungsarbeiten mit dem Preis gibt. Es ist ausdrücklich betont worden, dass diese nicht zu Lasten des städtischen Haushaltes gehen. Daher macht eine Festschreibung des Preises keinen Sinn. Frau Dr. Beckmann appelliert dafür, wie in der Beschlussempfehlung der Verwaltung vorgesehen, eine dreijährige Verlängerung zu beschließen. Die Preisverhandlungen sollten durch die Verwaltung weitergeführt werden.

Herr Messing führt aus, dass sich die Fraktionen Bündnis 90/DIE GRÜNEN und SPD den Worten von Herrn Klockow durchaus anschließen können. Sie erbitten jedoch eine regelmäßige Berichterstattung in den Sitzungen des Ausschusses für Soziales, Jugend, Feuerwehr Sport und Kultur zum Fortschritt der Arbeiten. Der gestellt Änderungsantrag ist damit hinfällig.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 39                      Nein-Stimmen: 0                      Stimmenthaltungen: 0  
Beratungsergebnis: zugestimmt

Der Rat der Stadt Barsinghausen stimmt einer Verlängerung des Betreibervertrages für das Flüchtlingswohnheim in Goltern mit der Firma Human-Care zu:

Für die Dauer von drei Jahren vom 01.07.13 – 30.06.16.

**17.        Satzung zur Änderung der Satzung über die Benutzung des Flüchtlingswohnheimes, Ohweg 23, in Barsinghausen zur Unterbringung von ausländischen Flüchtlingen und über die Erhebung von Benutzungsgebühren vom 04.10.2012  
Vorlage: XVII/0332**

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 39                      Nein-Stimmen: 0                      Stimmenthaltungen: 0  
Beratungsergebnis: zugestimmt

Die Satzung zur 1. Änderung der bestehenden Benutzungs- und Gebührensatzung wird beschlossen. § 9 erhält folgende Fassung:

„Die Gebühr für die Benutzung des Wohnheimes wird auf 288,- Euro pro Person und Monat festgesetzt.“

**18.        Satzung zur 1. Änderung der Betriebssatzung der Stadt Barsinghausen für den Stadtentwässerungsbetrieb Barsinghausen  
Vorlage: XVII/0344**

Herr Neddermeier führt in die Inhalte ein.

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 39                      Nein-Stimmen: 0                      Stimmenthaltungen: 0  
Beratungsergebnis: zugestimmt

Die als Anlage beigefügte Satzung zur 1. Änderung der Betriebssatzung der Stadt Barsinghausen für den Stadtentwässerungsbetrieb Barsinghausen wird beschlossen.

---

**19. Widmung einer Straße in Landringhausen**  
**Vorlage: XVII/0336**

Herr Bohrßen führt in den Tagesordnungspunkt ein.

Herr Gronenberg stellt die Öffentlichkeit für Fragen her. Herr René Burkhardt möchte wissen, welche Auswirkungen die Widmung für die Anlieger der Straße hat.

Herr Fischer erläutert, dass die Widmung die Konsequenz nach sich zieht, dass bei einer Aufnahme der Straße in die Straßenreinigungssatzung Gebühren für die Straßenreinigung und den Winterdienst fällig würden. Weiterhin könnten Straßenausbaubeiträge bei einer Sanierung der Straße fällig werden.

---

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 39                  Nein-Stimmen: 0                  Stimmenthaltungen: 0  
Beratungsergebnis: zugestimmt

Gemäß § 6 des Niedersächsischen Straßengesetzes (NStrG) in der derzeit gültigen Fassung werden die nachfolgend aufgeführten Verkehrsflächen mit dem auf die Veröffentlichung folgenden Tag als öffentliche Gemeindestraße gewidmet. Träger der Straßenbaulast ist die Stadt Barsinghausen.

Gemarkung Landringhausen, Flur 2, Flurstück 235/1 und Flur 7, Flurstück 69 (Anlage 1 zur Drucksache).

Die zu widmenden Flächen sind in der Anlage 1 zur Drucksache gelb dargestellt. Die Anlage 1 ist Bestandteil des Beschlusses.

---

**20. Annahme von freiwilligen Zuwendungen**

Wortmeldungen liegen nicht vor.

---

Beschlussdarstellung:

Ja-Stimmen: 39                  Nein-Stimmen: 0                  Stimmenthaltungen: 0  
Beratungsergebnis: zugestimmt

Die Geldspende der Stadtsparkasse Barsinghausen in Höhe von 280,00 Euro für den Seniorenrat zur Unterstützung der Ausrichtung des 2. Präventionsrates wird angenommen.

---

## 21. Mitteilungen der Verwaltung

- Herr Lahmann weist darauf hin, dass am 22.06.2013 in der Zeit von 15.00 Uhr bis 18.00 Uhr das Sommerfest am Stadtteiltreff stattfindet. In diesem Rahmen wird der Umbau der Goethestraße eröffnet. Nach den Sommerferien wird die Goetheschule KGS eine Einweihungsveranstaltung für die neuen Bushaltestelle und den Vorplatz der Goetheschule KGS durchführen. Hierzu sind alle Ratsmitglieder eingeladen.
- Herr Lahmann weist alle Ratsmitglieder eindringlich auf die Vorschrift des § 40 NKomVG hin. Diese regelt die Amtsverschwiegenheit. Sie bezieht sich auch auf die Beratungen im nichtöffentlichen Teil von Sitzungen. Herr Lahmann teilt mit, dass er in der letzten Zeit vermehrt festgestellt hat, dass aus dem nichtöffentlichen Teil von Sitzungen Informationen weitergegeben worden sind.

Herr Lahmann spricht Herrn Dobelmann an und weist darauf hin, dass sich dieses auch auf die Weitergabe von Protokollen bezieht, soweit diese einen nichtöffentlichen Teil beinhalten.

---

## 22. Anträge, Anfragen und Anregungen an die Verwaltung

Frau Klein teilt mit, dass in der Veilchenstraße die Bordsteinkanten beschädigt sind. Sie möchte wissen, ob die Verwaltung weiß, wo diese Beschädigungen herrühren. Wenn die Schäden nicht bekannt sind, sollte kontrolliert werden, ob die Beschädigungen durch Räumfahrzeuge oder Baufahrzeuge verursacht wurden. In jedem Fall sollte die Verkehrssicherheit wieder hergestellt werden.

Herr Lahmann führt aus, dass sich die Verwaltung die Schäden begutachten wird. Es ist jedoch bekannt, dass sich gerade bei Straßen, die nicht saniert sind, die Bordsteine mit der Zeit auflösen. Auch in der Knickstraße sind die alten Betonsteine beschädigt. Dieses ist dem Fachdienst Tiefbau und Verkehr bekannt. Die Fahrzeuge der Abfallentsorgung befahren die Bordsteine teilweise, was zu Beschädigungen führen kann. Die Abfallentsorgungsgesellschaft wurde bereits aufgefordert, entsprechend auf die Fahrer einzuwirken, damit dieses unterbleibt.

Herr Klockow fragt, ob es sich um Beschädigungen durch die Räumfahrzeuge handeln könnte.

Herr Lahmann merkt an, dass die Beschädigungen größtenteils auch schon vor dem flächendeckenden Winterdienst bestanden.

Frau Dürbaum-Betsch möchte wissen, ob die Verwaltung überprüft, wie das Budget des Sportringes verwandt wird. Hintergrund ist, dass Gerüchte bestehen, wonach die Mittel nach nicht vollziehbaren Kriterien vergeben werden und zum Teil für das Sprengen von Rasen verwendet werden.

Herr Lahmann sagt eine Beantwortung zum Protokoll zu.

### **Protokollnotiz:**

*Die Verwaltung zahlt das Budget nach einer mit dem Sportring abgesprochenen Budgetverwaltung selbst an die betroffenen Vereine aus. Die Dokumentation der Mittelverwendung wird darüber hinaus über die Jahresabrechnung der Vereine dokumentiert. In den Budgets sind teilweise Mittel für die Bewässerung von Rasenflächen enthalten.*

Frau Dürbaum-Betsch möchte hinsichtlich der Auswirkungen auf die Gewerbesteuer weiter wissen, ob Anlagen für Hähnchenmast, Biogas oder Schweinezucht gewerbliche oder landwirtschaftliche Betriebe sind.

Herr Lahmann sagt, dass die Betriebe gewerblich sein können und dass es sich auch um Urproduktion handeln kann. Dieses hängt von der Futtergrundlage ab. Wenn eine ausreichende Futtergrundlage vorhanden ist, handelt es sich um Urproduktion und somit um Landwirtschaft. Die Landwirtschaft ist nicht zur Gewerbesteuerzahlung verpflichtet.

Herr Kuban möchte zur Vergabe von Kindergarten- und Krippenplätzen wissen, ob es spezielle Vergabekriterien gibt, nach denen die Verwaltung vorgeht.

Herr Lahmann sagt eine Beantwortung zum Protokoll zu.

**Protokollnotiz:**

*Der Rat hat in seiner Sitzung am 24.05.2012 einen Beschluss zu § 3 Absatz 3 der Satzung für die Benutzung der Tageseinrichtungen der Stadt Barsinghausen für Kinder beschlossen. Dieser Beschluss umfasst die Aufnahmekriterien und Einzugsbereiche. Nach diesen Kriterien werden die Plätze vergeben.*

Herr Kuban teilt mit, dass in der Heinrich-Benne-Straße häufig LKW geparkt werden. Er fragt, ob die Verwaltung geprüft hat, ob das Parken dort erlaubt ist.

Herr Lahmann sagt eine Beantwortung zum Protokoll zu.

**Protokollnotiz:**

*Der Verwaltung ist die Problematik mit parkenden LKW in der Heinrich-Benne-Straße bekannt. Verboten ist lediglich das regelmäßige Parken. Das Problem in der Angelegenheit ist das Nachweisen der Regelmäßigkeit.*

Frau Dr. Beckmann bittet darum, per Protokoll mitzuteilen, wie viele Katzen sich aktuell im Tierheim befinden. Sie möchte die künftige Entwicklung Population weiter verfolgen.

**Protokollnotiz:**

*Lt. Auskunft des Tierheimes sind derzeit 24 Katzen dort untergebracht. Es werden bereits seit einiger Zeit Kastrationen durchgeführt. Vor einem Jahr waren weit mehr als 40 Katzen im Tierheim untergebracht.*

Frau Klein führt aus, dass die Tagesordnung der letzten Sitzung des Ausschuss für Soziales, Jugend, Feuerwehr, Sport und Kultur allein im öffentlichen Teil 19 Tagesordnungspunkte enthielt. Dieses ist für eine Sitzungen zu umfangreich. Sie bittet, den Ausschuss öfter tagen zu lassen oder sich über die Zusammensetzung des Ausschusses Gedanken zu machen.

Herr Lahman teilt mit, dass er dieses Thema bereits für die Tagesordnung der nächsten Sitzung der Geschäftsordnungskommission vorgesehen hat.

Frau Becker fragt nach Kindergartenplätzen für Asylbewerberfamilien. In Bantorf ist eine Familie untergebracht, die einen Platz für ihr Kind in Winninghausen erhalten hat. Es wäre wesentlich einfacher, den Kindergarten in Bantorf zu erreichen.

Herr Lahmann teilt mit, dass derzeit alle Kindergartenplätze ausgelastet sind und leider in mehreren Fällen Plätze in anderen Kindergärten als gewünscht zugewiesen werden mussten.

Herr Gronenberg schließt die öffentliche Sitzung um 21.38 Uhr.



Nichtöffentliche Sitzung:

Herr Gronenberg schließt um 21.55 Uhr die Sitzung.

Gronenberg  
Ratsvorsitzender

Lahmann  
Bürgermeister

Filipiak  
Protokollführerin

**Protokoll über die geheime Wahl des/der**

3. stellvertretenden Bürgermeisters  
 nach § 67 des Nds. Kommunalverfassungsgesetzes

Sitzung des Rates

Drucksache Nr.:	Sitzungsnummer:	Datum:	Top:
<u>Antrag der CDU-Fraktion</u>	<u>13</u> /XVII. WP	<u>13.06.2013</u>	<u>7.1</u>

**Die Stimmzähler stellen folgendes Wahlergebnis fest:**

Frau/Herr Neddermeier wird mit 32 Stimmen  
 im 1. Wahlgang zum/zur 3. stellvertretenden Bürgermeisters gewählt.

**Nachrichtlich bei mehreren Wahlvorschlägen:**

- |   |
|---|
| 1. Auf die Kandidatin/den Kandidaten _____<br>sind _____ Stimmen entfallen. |
| 2. Auf die Kandidatin/den Kandidaten _____<br>sind _____ Stimmen entfallen. |
| 3. Auf die Kandidatin/den Kandidaten _____<br>sind _____ Stimmen entfallen. |

Unterschriften der Stimmzähler

Ingeborg Radt Kurt Heerde